

## **Haushaltsrede 2026**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Jahren habe ich meine Haushaltsrede stets mit guten Wünschen für die Adventszeit und den Jahreswechsel beendet. Heute beginne ich mit diesen Wünschen!

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien ein gutes, hoffentlich gesundes und glückliches neues Jahr 2026. Das gleiche wünsche ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung und der gemeindlichen Einrichtungen und deren Familien.

Diese Wünsche kann man bei der aktuell chaotischen weltpolitischen Lage, die mehr und mehr durch machthungrige unberechenbare Despoten bestimmt wird, in einer zunehmend uneinigen und auf eigene Interessen bedachten europäischen Union, so wie auch der schlechten wirtschaftlichen Lage in unserem Land, in der die Eigeninteressen einzelner Parteien mehr zu gelten scheinen als das Gesamtwohl des Volk es sicherlich gut gebrauchen.

Diese Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt bleiben natürlich nicht ohne Auswirkungen auf unsere Gemeinde und auch auf unsere wirtschaftliche Lage.

Gewohnt akribisch und umsichtig haben unser Bürgermeister, Frau Trost von der Finanzverwaltung mit ihrem Team sowie der Gemeindevorstand den Haushaltsplan 2026 erstellt, und dabei alle Haushaltstellen auf noch mögliche Einsparungen geprüft!

Trotz aller Bemühungen blieb am Ende ein Haushaltsdefizit in Höhe von 272.000 € bestehen.

Bereits im letzten Haushaltjahr ergab sich ein finanzielles Defizit, welches trotz der sparsamen Konzeption des Haushaltes nicht ohne eine in der Höhe schmerzhafte Steuererhöhung für unsere BürgerInnen gedeckt werden konnte. Nur durch die Zustimmung der Gemeindevorwahl zu einem Antrag unserer Fraktion, einen Teil des Defizites durch eine einmalige Entnahme aus unserer Rücklage zu decken, konnte eine drastischere Steuererhöhung seinerzeit vermieden werden.

Nun stehen wir in diesem Jahr vor dem gleichen Problem, ein Defizit von über 272.000 € decken zu müssen. Eine erneute Steuererhöhung wollten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, die ohnehin schon genug anderweitig belastet werden, ersparen. So haben sich die Ausschüsse für eine nochmalige Entnahme aus der Rücklage zur Deckung des Defizits entschieden. Die FWG-Fraktion trägt diese Entscheidung mit, obwohl unser Antrag aus dem letzten Jahr als einmalige Maßnahme gedacht war.

Mit der getroffenen Entscheidung können wir allerdings mit einem ausgeglichenen Haushalt in das Jahr 2026 gehen und dadurch unabhängig und eigenständig unsere Projekte und Maßnahmen vorantreiben.

Jedoch kann dies keine Strategie für die Zukunft sein. Denn erstens ist die Rücklage erschöpft. Und zweitens ist die Rücklage nicht für den jährlichen Ausgleich eines

Haushaltsdefizites gedacht, sondern als Reserve für unvorhergesehene Ereignisse, die finanzielle Interventionen notwendig machen. Nebenbei bemerkt sind wir nach der HGO auch verpflichtet eine Mindestreserve vor zu halten.

So wird es eine Herausforderung für die neue Gemeindevertretung sein, hier Ideen zu entwickeln und Lösungen zu finden um diese Problematik zu beseitigen.

Aufgrund unserer prekären Haushaltssituation hat unsere Fraktion genauso wie alle anderen Fraktionen, auf Anträge für das Haushaltsjahr 2026 verzichtet.

Wie schon erwähnt muss Sparsamkeit die oberste Priorität bei unseren Überlegungen, Zukunftsplänen und unserem Handeln sein, auch in den kommenden Jahren.

Bei einem aktuellen Haushaltsvolumen 2026 von 18 Millionen und ein Investitionsvolumen von rund 11 Millionen € scheint diese Aussage auf den ersten Blick paradox und unglaublich, aber dennoch ergibt sich bei weiterer Betrachtung kein Widerspruch.

Zum einen ist unser Haushalt, wie in den vergangenen Jahren auch, geprägt von verpflichtenden Aufgaben und Vorgaben seitens des Landes und Bundes, welchen wir nachkommen müssen, und die eine größere Finanzsumme binden.

Exemplarisch sei hier zum Beispiel die Kinderbetreuung genannt, für die wir natürlich als Gemeinde gerne einstehen wollen, denn es geht ja um die kleinsten Gemeindeglieder, die gut versorgt sein sollen. Aber durch die Vorgaben des Landes zu Gruppengröße, Betreuungsschlüssel, Größe von Gruppenräumen und zusätzlichen Betreuungsräumen, mussten wir in der Vergangenheit und auch gegenwärtig Investitionen in Millionenhöhe tätigen, um diesen gesetzlichen Vorgaben nachzukommen.

Dadurch wurden Anbauten an den Kindergarten in Niederbrechen und Oberbrechen notwendig, Verbesserungen am Kinderhaus in Niederbrechen, sowie ein Neubau eines Kindergartens in Werschau. Allein für diese Baumaßnahmen wenden wir dieses Jahr 2,1 Millionen Euro auf, insgesamt für die Kinderbetreuung 4.29 Mio. Euro. Es verbleibt in dieser Haushaltsstelle ein Zuschussbedarf von 2.87 Mio Euro.

Das Land verspricht den Eltern eine gebührenfreie Betreuung von 6 Stunden täglich, erstattet den Kommunen aber nur einen Teil der Kosten, die durch ihre Vorgaben anfallen. Die restlichen Summen sind von der Gemeinde aufzubringen.

Das Land Hessen verpflichtet uns zur quotenmässigen Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern, für die wir entsprechende Räumlichkeiten und Wohnungen vorhalten müssen, wenn wir nicht Gemeinschaftseinrichtungen wie Turnhallen oder Gemeinschaftshäuser für die Unterbringung in Anspruch nehmen wollen, und damit für die Vereine und sonstige Nutzer schließen müssten.

Die Anmietung und der Aufbau der Container hinter dem Festplatz in Niederbrechen hat uns bereits einen stolzen Betrag gekostet, und auch dieses Jahr müssen wir dafür 100.000 € aufbringen.

Glücklicherweise haben wir die Container bis jetzt nicht in Anspruch nehmen müssen, aber eine vorzeitige Rückgabe der Container war verständlicherweise nicht möglich, und so bleiben die Kosten komplett bei der Gemeinde hängen. Bei Belegung wären zwar wenigstens Betreuungsgelder vom Kreis geflossen, die gesamten Unkosten wären dadurch dennoch nicht zu decken gewesen. Und eine Belegung auf freiwilliger Basis aus diesen Gründen wurde von der Gemeinde richtigerweise nicht verfolgt.

So ließen sich noch mehrere Beispiele im Haushaltsplan aufzeigen, die nach gleichem Muster verlaufen. Land und Bund erlassen Gesetze und Verordnungen, lassen aber die Gemeinden mit den Kosten für die Umsetzung alleine, was unsere finanziellen Handlungsspielräume nachhaltig einengt.

Es wäre wohl besser, neue Gesetze und Verordnungen seitens Land und Bund vom Ende her auf Machbarkeit und Bezahlbarkeit in den Kommunen zu denken, anstatt voreilig gemachte Wahlversprechen oder eigene Parteiideologien von oben herab, ohne die Konsequenzen zu bedenken, als Verordnungen etc. zu erlassen. Oder man wendet endlich einmal das Konnexitätsprinzip an, was besagt, dass derjenige, der durch Vorgaben Kosten verursacht, diese auch tragen muss.

Trotz all dieser Widrigkeiten haben unsere gemeindlichen Gremien aber auch die Verpflichtung, in die Gegenwart und in die Zukunft zu investieren, um die Lebensqualität und die Attraktivität unserer Gemeinde zu erhalten und zu verbessern.

Das spiegelt sich in vielen Maßnahmen und Projekten im aktuellen Haushaltsplan 2026 wider. All diese Projekte sind schon teilweise seit Jahren in Planung und teilweise schon in der Umsetzung gewesen, und so macht es natürlich keinen Sinn diese Projekte jetzt auf halbem Wege einzustellen.

So erklärt sich letztlich das Investitionsvolumen von 11 Millionen € im diesjährigen Haushalt, obwohl keine kostenverursachenden Anträge in den gemeindlichen Gremien eingebracht wurden.

Eine dieser Maßnahmen ist mit oberster Priorität die Wasserversorgung. Um auch in klimatisch schwierigen Zeiten im Jahresverlauf unsere Bürgerinnen und Bürger jederzeit mit sauberem und reinem Trinkwasser versorgen zu können sind umfangreiche Investitionen nötig.

Dazu gehören dieses Jahr Unterhaltungsarbeiten an unseren Wassergewinnungs- und Speichereinrichtungen, wie zum Beispiel die Erneuerung einer Kammer am Schuster-Mathesse-Hochbehälter, und auch Investitionen in das Leitungsnetz, damit wir durch Ringverbindungen jederzeit Wasser in dem benötigten Umfang in jedem Ortsteil zu Verfügung stellen können.

Die Durchführung und Umsetzung dieser Maßnahmen ist tatsächlich alternativlos. Von daher müssen wir die entsprechenden finanziellen Mittel dafür bereitstellen.

In diesem Zusammenhang freut es unsere Fraktion besonders, dass durch die Dachsanierung der Aufbereitungsanlage Werschau dort jetzt eine Photovoltaik-Anlage auf einem weiteren gemeindeeigenen Gebäude installiert werden kann, wie

wir das schon in einem Antrag zur Verbesserung unseres ökologischen Fußabdrucks der Gemeinde im März 2020 angeregt hatten.

Dieses Projekt ist eigentlich überfällig, denn wir sparen sofort mit Betrieb der Anlage Stromkosten ein und refinanzieren so die Anlage in kurzer Zeit, und sparen natürlich auch anschließend weiter Geld für Stromkosten ein, was unserer angespannten Haushaltsslage gut tun wird. Außerdem ist das aktuelle Angebot für die Anlage deutlich günstiger als der Haushaltsansatz von 45.000 €. Die eingesparte Summe müssen wir also weniger aus der Rücklage entnehmen.

Die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme können Sie alle nochmals aus der Vorlage mit der Wirtschaftlichkeitsberechnung nachvollziehen.

Schade, dass wir bisher den Bau von Fotovoltaik-Anlagen auf unseren gemeinde-eigenen Gebäuden recht zögerlich verfolgt haben. Dadurch haben wir letztlich einiges an möglichen Einnahmen, oder Einsparungen liegen lassen.

Die Erweiterung des MutterTeresa Hauses um 16 Kurzzeitpflegeplätze ist eine zukunftsorientierte Maßnahme in die Versorgung und Betreuung unserer älteren pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, damit sie auch in solchen Situationen in ihrer Heimat bleiben können.

Wir freuen uns, dass die Maßnahme letztes Jahr endlich begonnen werden konnte, nachdem wir ja schon im Jahr 2019 in einer der längsten Sitzung des Hauptfinanzausschusses mit den damaligen und jetzt auch zukünftigen Betreibern der Gesamteinrichtung, dem Caritas-Verband dieses Projekt entwickelt und deren Zusage für den Betrieb der zusätzlichen Abteilung in dieser Nacht erreicht hatten.

Dagegen bedauern wir, dass durch eine nochmals beantragte Prüfung alternativer Standorte und Betreiber die Umsetzung um mindestens ein halbes Jahr verzögert wurde. Wahrscheinlich hätten wir bei einem früheren Baubeginn auch den einen oder anderen Euro an zwischenzeitlichen Preissteigerungen einsparen können. So warten wir jetzt auf die eigentlich schon für Ende des Jahres 2025 geplante Fertigstellung, die sich aber aller Voraussicht nach noch einige Monate hinziehen wird, wenn man den aktuellen Baufortschritt sieht.

Für dieses Projekt haben wir letztes Jahr 2,1 Millionen im Haushaltsplan eingestellt gehabt, dieses Jahr sind es nochmals 1,700.000 Millionen, nächstes Jahr werden es noch mal 200.000 € sein. Aber jeder Cent und jeder Euro sind eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Eine weitere Investition in die Zukunft unserer Gemeinde und hier besonders unserer jungen Familien, ist die Erschließung und der anschließende Verkauf der Bauplätze im Baugebiet Mergel.

In den letzten Jahren mussten wir bereits 650.000 € für das Baugebiet Mergel und das Gewerbegebiet Barmbach aufwenden um die Auflagen des Amtes für Denkmalschutz zu erfüllen, die in Grabungen nach Altertumsdenkmälern bestand.

Nun wenden wir in diesem Jahr Millionenbeträge für die Verlegung von Wasser- und Abwasserleitungen im Baugebiet auf, damit junge Familien im Dorf bleiben können, und damit auch zur Verbesserung der Altersstruktur in unserer Gemeinde beitragen. Nebenbei schaffen wir durch die Bereitstellung eines Bauplatzes die Möglichkeit für den Bau von altengerechten in altenbetreuten Wohnungen im Ortsteil Oberbrechen, was ebenfalls eine zukunftsweisende Maßnahme darstellt.

Auch das schon lange geplante Gewerbegebiet Barmbach wird nun endlich in die Erschließungsphase gehen. Durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben werden wir hoffentlich für unser Bürger und Bürgerinnen Heimat nahe Arbeitsplätze schaffen können, und in der Zukunft Gewerbeeinnahmen generieren, die unsere finanziellen Einnahmen verbessern.

Den Umbau des Anwesens Nikolausstraße 9 hat unsere Fraktion unterstützt, und wird dies auch weiterhin tun, weil wir in der geplanten Sportbar eine Bereicherung der gastronomischen Vielfalt und des gesellschaftlichen Lebens erwarten. Allerdings ist uns der aktuelle Haushaltsansatz von 130.000 € für die weitere Umsetzung der Maßnahme inklusive der Errichtung einer Außenanlage noch nicht so ganz erklärlich. Die Gemengelage, in der die Errichtung der Außenanlage durch den Verkauf von zwei Grundstücken aus der Erbmasse Sahl in der Amtmann-Finger-Straße gegen finanziert werden soll, obwohl dies im Haushalt gar nicht entsprechend verbucht werden kann, weil es dafür gar keine Haushaltsstellen gibt, ist für uns doch sehr intransparent. Aber wir gehen davon aus, dass dies im Laufe der weiteren Beratungen noch zu klären ist.

Bedauerlich finden wir die Tatsache, dass die von uns schon 2020 beantragte Verengung der Ortseinfahrt Werschau von den Nauheim her auch im aktuellen Haushaltsplan außer der Einstellung vom Planungskosten keine weitere Berücksichtigung findet. Die Argumentation, dies zusammen mit einer Baumaßnahme von Hessen Mobil 2027 durchzuführen, können nicht alle unsere Fraktionsmitglieder akzeptieren! Bei dem Bau des Fahrbeinteilers in Niederbrechen am Ortsausgang Richtung Oberbrechen hat man seinerzeit die Dringlichkeit der Maßnahme damit begründet, dass man nicht warten wolle, bis ein Unglück passiert.

Der Austausch des Geländers am Wörsbachufer in Werschau ohne die Sanierung der Mauerkrone macht auch nicht alle Fraktionskollegen glücklich, weil diesbezüglich andere Vorschläge an die Gemeinde herangetragen worden waren.

Besonders freut es uns, dass sich nach nunmehr sieben Jahren nach Antragstellung durch die FWG-Fraktion eine Lösung bei der Verbesserung der Beleuchtung des Zugangs zur Kirche von der Egerländerstrasse aus abzeichnet. Die Gemeinde hatte seinerzeit diesen Zugang -ebenfalls auf Antrag der FWG- geschaffen, also müssen wir auch für eine entsprechende Beleuchtung in der Dunkelheit Sorge tragen, damit die Kirchenbesucher auch sicher und unfallfrei zum Gottesdienst gelangen können. In den vergangenen Jahren wurde diese Maßnahmen aus unterschiedlichen Gründen aber immer wieder verschoben.

Auch in diesem Jahr sind im Haushaltsplan dafür keine Gelder vorgesehen ge-

wesen. Wir hatten in den Beratungen zum Haushalt schon einmal angesprochen, ob die Beleuchtung nicht durch ein Sponsoring ermöglicht werden könnte. Nunmehr hat unser Bürgermeister nach Gesprächen mit unserem Energieversorger anscheinend eine Lösung gefunden, welche die Installation von zwei zusätzlichen Lampen auf dem Zuweg zur Kirche möglich macht, und sogar für die Gemeinde letztlich kostenfrei sein wird. Somit hätte die lange Wartezeit wenigstens einen guten Effekt gehabt.

Und vielleicht wird es für unsere Gemeinde noch eine weitere positive Entwicklung geben, wenn die aktuellen Verhandlungen mit potentiellen Betreibern von Windkraftanlagen am Galgenberg zu einem positiven Ergebnis führen.

Unsere Fraktion hatte ja schon in einem Schreiben von Februar 2023 darum gebeten, die Verpachtung von gemeindeeigenen Flächen an Betreiber von Windkraftanlagen zu prüfen. Durch die Windkraft würden wir als Mitglied der "Hessischen Klima-Kommunen" einen Beitrag zur CO2 Neutralität in Deutschland leisten, sowie den Verbrauch von fossilen Energien mit reduzieren helfen.

Außerdem würden über Jahre durchaus staatliche Pachteinnahmen zu erzielen sein, die unsere angespannte Haushaltslage deutlich entlasten würden. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der aktuellen Verhandlungen!

Nach meinen pessimistischen Sätzen zu Beginn meiner Haushaltsrede möchte ich nun zum Abschluss doch ein positives Fazit für unseren Haushaltsplanentwurf 2026 ziehen. Denn trotz der geschilderten schwierigen Rahmenbedingungen ist es dem Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung letztlich gelungen einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorlegen zu können, der uns in diesem Jahr unsere Unabhängigkeit und Eigenständigkeit in unseren Beschlüssen und Entscheidungen erhält, und wir nicht von Genehmigungen der Aufsichtsbehörden abhängig sind. Dafür danken wir allen Beteiligten!

Weiterhin ist es gelungen, schon geplante oder teilweise begonnene Projekte mit unseren finanziellen Möglichkeiten weiterführen zu können. Dabei konnten die Interessen aller Generationen in unserer Gemeinde Berücksichtigung finden und spiegeln sich in den verschiedenen Maßnahmen wider.

Diese werden das Wohnen und Leben in unserer Gemeinde für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Zukunft attraktiver und besser machen. Und deshalb stimmt die FWG-Fraktion mehrheitlich dem Haushaltsplan, der Haushaltssaturation und dem Stellenplan 2026 zu!

Vielen Dank für Ihre Geduld, Ausdauer und ihre Aufmerksamkeit!



Gerd Roos  
Fraktionssprecher